

dwj Verlags-GmbH
Rudolf-Diesel-Straße 46
D-74572 Blaufelden

Werden Sie in der kommenden Legislaturperiode für eine Modifizierung des Waffenrechts eintreten, und wenn ja, in welche Richtung?

Zum Themenkomplex "Innere Sicherheit" wenden wir das Prinzip "Sicherheit in Freiheit" an. Bestehende Sicherheitsgesetze und Strafgesetze wollen wir unter der Fragestellung evaluieren, ob die von ihnen ausgehenden Beschränkungen der persönlichen Freiheit in einem akzeptablen Verhältnis zu einem objektiven Sicherheitsgewinn stehen.

Die öffentliche Wahrnehmung von Bedrohungen steht häufig in keinem Verhältnis zur tatsächlichen Lage. Dies wollen wir durch objektive Information der Bürger und Demokratisierung der Sicherheitsforschung verbessern. Im ersten Schritt wollen wir eine stärkere Differenzierung in der Kriminalstatistik hin auf Straftaten mit Bezug zu Waffen fordern.

In diesem Sinne sind wir für eine kritische Evaluierung auch des Waffenrechts basierend auf echten Daten. Verschärfungen des Waffenrechts sollen evaluiert werden und falls sich hierbei zeigt, dass diese keinen nennenswerten Sicherheitsgewinn gebracht haben, zugunsten einer liberaleren Regelung rückgängig gemacht werden. Gerade bei Blankwaffen (vulgo: Messern) besteht Handlungsbedarf, da die derzeitige Regelung viele unbescholtene Bürger kriminalisiert.

Wie werden Sie gegen den illegalen Waffenerwerb und -besitz vorgehen?

Wir setzen stark auf Kriminalprävention. Diesen Ansatz sehen wir als weitreichender und wirkungsvoller als die Konzentration auf einzelne Straftaten. Diese soll sich sowohl auf eine soziale Eingliederung junger Menschen, die regelmäßig eine Straffälligkeit verhindert, beziehen, als auch durch den Einsatz von mehr Polizisten als Streifen in Problemgebieten das Sicherheitsgefühl der Bürger verbessern ("Polizisten statt Kameras!") und damit eine illegale Bewaffnung zum Selbstschutz verhindern. Ansonsten halten wir das geltende Recht für ausreichend und lehnen nach derzeitigem Kenntnisstand eine Verschärfung ab. Eine weitestgehende Ausmerzung von illegalem Waffenerwerb und -besitz könnte nur durch massiv mehr Überwachung erreicht werden, die unverhältnismäßige Eingriffe in die Privatsphäre aller Bürger mit sich bringen würde.

Wie bewerten Sie die derzeitige Praxis, in der polizeilichen Kriminalstatistik die Liste der begangenen Straftaten nicht danach aufzuschlüsseln, ob diese mit legalen oder illegalen Waffen geschahen?

Wir sind mit dieser Praxis nicht einverstanden und fordern eine saubere Aufschlüsselung der Straftaten. Die bisher geübte Praxis, die ohnehin schon unzureichenden Zahlen unter Verschluss zu halten, sehen wir ebenfalls als nicht akzeptabel an. Zur Freigabe der Statistiken der letzten Jahre kam es durch den Einsatz einiger unserer Parteimitglieder, die diese unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz eingefordert haben. Ohne eine ordentliche Datenlage ist keine angemessene Gesetzgebung möglich.

Ist eine Besteuerung von Waffenbesitzern oder eine Gebühr für Waffenkontrollen für Sie denkbar?

Dazu haben wir keinen spezifischen Beschluss. Da wir aber ausdrücklich die Privatsphäre von rechtstreuen Bürgern als hohes Gut ansehen, wird auch gerade die Waffenkontrolle Gegenstand einer kritischen Betrachtung sein.

Generell setzen wir uns für ein einfaches Steuersystem ein. Daraus resultiert, dass außerhalb der normalen Besteuerung liegende Abgaben nur dann erhoben werden sollen, wenn dadurch eine Lenkungswirkung ersichtlich ist. Solange dies nicht geklärt ist - also dass beispielsweise mit der Einführung einer zusätzlichen Steuer die Zahl der Straftaten, die mit legal erworbenen Waffen verübt werden, zurückgehen nachgewiesen ist - halten wir eine zusätzliche Steuer für nicht zielführend.

Wie stehen Sie zum Thema "bleifreie Munition" für Jäger?

Grundsätzlich sind wir für den Schutz der Umwelt und die Erhaltung der Artenvielfalt. In diesem Sinne begrüßen wir es, wenn weniger Blei im Freiland verschossen wird. Andererseits ist uns klar, dass eine Umstellung mit technischen Problemen verbunden ist, hier ist offensichtlich noch Diskussionsbedarf.

Wie bewerten Sie die bestehenden Regelungen zur Unterbringung von Waffen?

Die Piratenpartei hat hierzu bisher noch keine offizielle Position entwickelt. Guido Körber, Koordinator der AG Waffenrecht, meint dazu: "Die derzeitigen Regelungen zur dezentralen Lagerung von Waffen und Munition sind völlig ausreichend und stellen hohe Anforderungen an die technische Umsetzung. Eine Zentrallagerung ist weitaus gefährlicher, da bei einem Einbruch dann mit einem Mal eine große Menge Waffen erbeutet werden kann und der Standort eines solchen Lagers besser bekannt ist als bei individueller Lagerung. Dafür gab es in der Vergangenheit schon öfter Beispiele, wobei häufig auch Waffenlager von Behörden Ziel der Einbrüche waren.

Auch unter diesem Aspekt ist die Datenlage in der polizeilichen Kriminalstatistik unzureichend, es gibt keine detaillierten Zahlen über den Diebstahl von Schusswaffen."

Wie stehen Sie zu legalem, grenzüberschreitendem Waffenhandel und -transport?

Solange der auf solider rechtlicher Grundlage stattfindet und gesichert ist, dass keine Unrechtsregimes oder Terrorvereinigungen Zugriff auf die exportierten Waffen bekommen, ist nichts dagegen einzuwenden. Daher auch unser Vorschlag der Kennzeichnung aller Kriegswaffen, und damit auch von Kleinwaffen, in der Art wie schon heute Zivilwaffen gekennzeichnet werden. So ließe sich die Herkunft solcher Waffen in Krisengebieten nachvollziehen und ein Handel mit bestimmten Ländern und Regionen boykottieren, die Handelspartner in Bezug auf diese Waffen waren.

Wir wollen deutlich strengere Kriterien für die Erlaubnis von Exporten und mehr Transparenz bei der Verhandlung solcher Genehmigungen. Derzeit entscheidet der geheim tagende Bundessicherheitsrat, dessen Entscheidungen nicht nur in keinsten Weise nachvollzogen werden können, sondern auch oft Gegenstand berechtigter Kritik sind, etwa bei Exporten an Staaten mit eklatanten Mängeln beim Schutz der Menschenrechte.

Es zeigt sich auch, dass zu einfach gestrickte Kriterien, wie eine generelle Erlaubnis von Exporten in NATO-Länder, zu kurz greift. So wurde etwa das jahrzehntelange Wettrüsten der NATO-Mitgliedsstaaten Türkei und Griechenland maßgeblich durch deutsche Rüstungsexporte unterhalten, was unserem Grundsatz der langfristigen Präventionspolitik widerspricht.